DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2022/820 DER KOMMISSION

vom 24. Mai 2022

über den Rechnungsabschluss der Zahlstellen der Mitgliedstaaten für die vom Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) im Haushaltsjahr 2021 finanzierten Ausgaben

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2022) 3307)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates ([1]), insbesondere auf Artikel 51,

nach Anhörung des Ausschusses für die Agrarfonds,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 führt die Kommission den Rechnungsabschluss der in Artikel 7 derselben Verordnung genannten Zahlstellen vor dem 31. Mai des Jahres, das auf das betreffende Haushaltsjahr folgt, durch und stützt sich dabei auf die Jahresrechnungen, welche die Mitgliedstaaten mit den für ihren Abschluss notwendigen Auskünften, einer Stellungnahme zur Vollständigkeit, Genauigkeit und sachlichen Richtigkeit der übermittelten Rechnungen und den Berichten der bescheinigenden Stellen vorlegen.

(2) Gemäß Artikel 39 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 beginnt das Agrar-Haushaltsjahr am 16. Oktober des Jahres N-1 und endet am 15. Oktober des Jahres N. Die von den Mitgliedstaaten im Zeitraum vom 16. Oktober 2020 bis zum 15. Oktober 2021 getätigten Ausgaben sollten im Rahmen des Rechnungsabschlusses für das Haushaltsjahr 2021 berücksichtigt werden, wie in Artikel 11 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission ([2]) vorgesehen.

(3) Gemäß Artikel 33 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 werden zur Bestimmung der Beträge, die aufgrund des in Artikel 33 Absatz 1 derselben Verordnung genannten Rechnungsabschlussbeschlusses von den einzelnen Mitgliedstaaten wiedereinzuziehen bzw. ihnen zu erstatten sind, die monatlichen Zahlungen für das betreffende Haushaltsjahr von den für das betreffende Jahr gemäß Artikel 33 Absatz 1 anerkannten Ausgaben abgezogen. Die Kommission kürzt bzw. erhöht die monatliche Zahlung für die im zweiten Monat nach dem Rechnungsabschlussbeschluss getätigten Ausgaben um den so ermittelten Betrag.

(4) Die Kommission hat die von den Mitgliedstaaten übermittelten Unterlagen überprüft und den Mitgliedstaaten die Ergebnisse der Überprüfung zusammen mit den vorgeschlagenen Änderungen mitgeteilt.

(5) Die Kommission kann anhand der Jahresrechnungen und der beigefügten Unterlagen einen Beschluss über die Vollständigkeit, Genauigkeit und sachliche Richtigkeit der Jahresrechnungen bestimmter Zahlstellen fassen.

(6) Bezüglich der von bestimmten anderen Zahlstellen übermittelten Unterlagen sind zusätzliche Nachforschungen erforderlich, sodass deren Rechnungen in diesem Beschluss nicht abgeschlossen werden können.

([1]) ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549.

([2]) Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission vom 6. August 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Mittelverwaltung, des Rechnungsabschlusses und der Bestimmungen für Kontrollen, Sicherheiten und Transparenz (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 59).

(7) Gemäß Artikel 5 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission ([3]) werden etwaige Überschreitungen von Zahlungsfristen spätestens im Rahmen des Rechnungsabschlussbeschlusses gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 berücksichtigt. Einige der von bestimmten Mitgliedstaaten im Haushaltsjahr 2021 gemeldeten Ausgaben wurden nicht fristgerecht getätigt. Mit dem vorliegenden Beschluss sollten daher die entsprechenden Kürzungen festgesetzt werden.

(8) Gemäß Artikel 41 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 hat die Kommission bereits eine Reihe monatlicher Zahlungen für das Haushaltsjahr 2021 aufgrund der Überschreitung von Obergrenzen oder von Mängeln im Kontrollsystem gekürzt oder ausgesetzt. In diesem Beschluss sollte die Kommission solche gekürzten oder ausgesetzten Beträge berücksichtigen, um unangebrachte oder verfrühte Zahlungen sowie Erstattungen, die in der Folge Gegenstand finanzieller Berichtigungen sein könnten, zu vermeiden. Die betreffenden Beträge können gegebenenfalls im Rahmen des Konformitätsabschlussverfahrens gemäß Artikel 52 der genannten Verordnung weiter geprüft werden.

(9) Die Kommission hat die entsprechenden monatlichen Zahlungen für das Haushaltsjahr 2021 bereits um die Beträge gekürzt, die aufgrund von Rechnungsabschluss- und Konformitätsabschlussbeschlüssen gemäß den Artikeln 51 und 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013, die die Kommission im Haushaltsjahr 2021 durchgeführt hat, an den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) zurückzuzahlen sind. Alle diese Beträge sind in diesem Beschluss berücksichtigt.

(10) Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 werden bei Unregelmäßigkeiten die finanziellen Folgen einer Nichtwiedereinziehung zu 50 % von dem betreffenden Mitgliedstaat getragen, wenn die Wiedereinziehung nicht innerhalb einer Frist von vier Jahren ab dem Zeitpunkt der Wiedereinziehungsaufforderung erfolgt ist, bzw. innerhalb einer Frist von acht Jahren, wenn die Wiedereinziehung Gegenstand eines Verfahrens vor den nationalen Gerichten ist. Gemäß Artikel 54 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 müssen die Mitgliedstaaten den Jahresrechnungen, die sie der Kommission gemäß Artikel 29 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 vorlegen müssen, eine bescheinigte Tabelle über die gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 zu ihren Lasten gehenden Beträge beifügen. Die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 regelt im Einzelnen, wie die Mitgliedstaaten ihrer Pflicht zur Berichterstattung über die wiedereinzuziehenden Beträge nachzukommen haben. Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 enthält die Mustertabelle, die die Mitgliedstaaten zur Angabe der wiedereinzuziehenden Beträge zu übermitteln haben. Auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten ausgefüllten Tabellen entscheidet die Kommission über die finanziellen Folgen der Nichtwiedereinziehung bei mehr als vier bzw. mehr als acht Jahre zurückliegenden Unregelmäßigkeiten.

(11) Gemäß Artikel 54 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 können die Mitgliedstaaten in ordnungsgemäß begründeten Fällen beschließen, die Wiedereinziehung nicht weiterzuverfolgen. Dieser Beschluss kann jedoch nur gefasst werden, wenn die bereits aufgewendeten Kosten und die voraussichtlichen Wiedereinziehungskosten zusammen den wiedereinzuziehenden Betrag überschreiten oder wenn die Wiedereinziehung wegen nach dem nationalen Recht des betreffenden Mitgliedstaats festgestellter Insolvenz des Schuldners oder der für die Unregelmäßigkeit rechtlich verantwortlichen Personen unmöglich ist. Wird der Beschluss innerhalb einer Frist von vier Jahren ab der Wiedereinziehungsaufforderung gefasst bzw. innerhalb einer Frist von acht Jahren, wenn die Wiedereinziehung Gegenstand eines Verfahrens vor den nationalen Gerichten ist, so sollten die finanziellen Folgen der Nichtwiedereinziehung zu 100 % vom Unionshaushalt getragen werden. Die Beträge, für die die Mitgliedstaaten beschlossen haben, die Wiedereinziehung nicht fortzusetzen, und die Gründe für diesen Beschluss sind in der zusammenfassenden Übersicht gemäß Artikel 54 Absatz 4 der genannten Verordnung in Verbindung mit Artikel 102 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c Ziffer iv der genannten Verordnung aufgeführt. Diese Beträge sollten dem betreffenden Mitgliedstaat daher nicht angelastet werden und werden folglich vom Unionshaushalt getragen.

(12) Gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 sollte der vorliegende Beschluss späteren Beschlüssen der Kommission nicht vorgreifen, mit denen nicht in Übereinstimmung mit den Unionsvorschriften getätigte Ausgaben von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die Rechnungen der Zahlstellen der Mitgliedstaaten über die vom Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) im Haushaltsjahr 2021 finanzierten Ausgaben werden abgeschlossen.

([3]) Delegierte Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die finanzielle Verwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 18).

Die gemäß diesem Beschluss von den Mitgliedstaaten wiedereinzuziehenden bzw. ihnen zu erstattenden Beträge, einschließlich der sich aus der Anwendung von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 ergebenden Beträge, sind in den Anhängen I und II dieses Beschlusses aufgeführt.

Artikel 2

Für das Haushaltsjahr 2021 werden die Rechnungen der in Anhang III genannten Zahlstellen der Mitgliedstaaten über die vom EGFL finanzierten Ausgaben im Rahmen dieses Beschlusses nicht abgeschlossen und sind Gegenstand eines späteren Rechnungsabschlussbeschlusses.

Artikel 3

Dieser Beschluss greift späteren Konformitätsabschlussbeschlüssen der Kommission gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 nicht vor, mit denen nicht in Übereinstimmung mit den Unionsvorschriften getätigte Ausgaben von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden.

Artikel 4

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 24. Mai 2022

Für die Kommission
Janusz WOJCIECHOWSKI
Mitglied der Kommission

ANHANG I

Abschluss der Rechnungen der Zahlstellen

Haushaltsjahr 2021 – EGFL

Von dem Mitgliedstaat wiedereinzuziehender oder ihm zu erstattender Betrag

MS		2021 – Ausgaben/zweckgebundene Einnahmen der Zahlstellen, deren Rechnungen		a + b insgesamt	Kürzungen, Aussetzungen und sonstige Anpassungen aufgrund von Konformitäts- und Rechnungsabschlussbeschlüssen für das gesamte Haushaltsjahr 1)	Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 in Bezug auf den EGFL anzulastender Betrag	Gesamtbetrag, einschließlich Kürzungen, Aussetzungen und sonstiger Anpassungen	An die Mitgliedstaaten für das Haushaltsjahr geleistete Zahlungen	Von dem Mitgliedstaat wiedereinzuziehender (-) oder ihm zu erstattender (+) Betrag 2)
		abgeschlossen werden	abgetrennt werden						
		= in der Jahreserklärung gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen	= in den Monatsmeldungen insgesamt gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen						
		a	b	c=a+b	d	e	f=c+d+e	g	h=f-g
AT	EUR	706 430 573,23	0,00	706 430 573,23	- 2 870 315,25	0,00	703 560 257,98	703 560 257,98	0,00
BE	EUR	554 760 898,85	0,00	554 760 898,85	- 351 989,67	- 3 177,15	554 405 732,03	554 733 385,87	- 327 653,84
BG	BGN	0,00	0,00	0,00	0,00	- 1 556,12	- 1 556,12	0,00	- 1 556,12
BG	EUR	863 821 851,29	0,00	863 821 851,29	- 3 138 702,25	0,00	860 683 149,04	861 522 574,67	- 839 425,63
CY	EUR	52 502 823,95	0,00	52 502 823,95	12 089,72	- 256 486,43	52 258 427,24	52 550 492,04	- 292 064,80
CZ	CZK	0,00	0,00	0,00	0,00	- 2 919,33	- 2 919,33	0,00	- 2 919,33
CZ	EUR	867 205 026,59	0,00	867 205 026,59	- 1 980 556,04	0,00	865 224 470,55	865 224 470,86	- 0,31
DE	EUR	4 728 310 987,83	0,00	4 728 310 987,83	- 2 023 816,79	- 201 516,47	4 726 085 654,57	4 726 685 305,04	- 599 650,47
DK	DKK	0,00	0,00	0,00	0,00	- 74 800,08	- 74 800,08	0,00	- 74 800,08
DK	EUR	807 631 689,90	0,00	807 631 689,90	- 44 732 587,53	0,00	762 899 102,37	762 919 853,48	- 20 751,11
EE	EUR	166 809 943,17	0,00	166 809 943,17	- 133 455,75	- 8 582,90	166 667 904,52	166 676 066,54	- 8 162,02
ES	EUR	5 653 944 798,91	0,00	5 653 944 798,91	- 23 331 476,95	- 1 540 518,27	5 629 072 803,69	5 632 844 872,47	- 3 772 068,78
FI	EUR	525 039 902,75	0,00	525 039 902,75	- 11 403,31	- 1 903,38	525 026 596,06	525 014 939,18	11 656,88
FR	EUR	7 323 853 757,26	0,00	7 323 853 757,26	- 119 323 840,58	- 4 735 016,88	7 199 794 899,80	7 207 429 699,92	- 7 634 800,12
EL	EUR	2 036 268 718,40	0,00	2 036 268 718,40	176 894 797,88	- 1 706 909,35	2 211 456 606,93	2 213 249 638,46	- 1 793 031,53
HR	HRK	0,00	0,00	0,00	0,00	- 866 935,30	- 866 935,30	0,00	- 866 935,30
HR	EUR	359 555 285,25	0,00	359 555 285,25	- 46 307,48	0,00	359 508 977,77	359 509 968,88	- 991,11

MS		2021 – Ausgaben/zweckgebundene Einnahmen der Zahlstellen, deren Rechnungen		a + b insgesamt	Kürzungen, Aussetzungen und sonstige Anpassungen aufgrund von Konformitäts- und Rechnungsabschlussbeschlüssen für das gesamte Haushaltsjahr 1)	Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 in Bezug auf den EGFL anzulastender Betrag	Gesamtbetrag, einschließlich Kürzungen, Aussetzungen und sonstiger Anpassungen	An die Mitgliedstaaten für das Haushaltsjahr geleistete Zahlungen	Von dem Mitgliedstaat wiedereinzuziehender (-) oder ihm zu erstattender (+) Betrag 2)
		abgeschlossen werden	abgetrennt werden						
		= in der Jahreserklärung gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen	= in den Monatsmeldungen insgesamt gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen						
		a	b	c=a+b	d	e	f=c+d+e	g	h=f-g
HU	HUF	0,00	0,00	0,00	0,00	- 66 196 569,00	- 66 196 569,00	0,00	- 66 196 569,00
HU	EUR	1 308 388 735,04	0,00	1 308 388 735,04	- 6 114 909,10	0,00	1 302 273 825,94	1 302 448 012,60	- 174 186,66
IE	EUR	1 185 513 381,00	0,00	1 185 513 381,00	- 4 185 327,13	- 13 776,71	1 181 314 277,16	1 180 317 724,81	996 552,35
IT	EUR	4 227 648 632,75	0,00	4 227 648 632,75	- 216 393 398,86	- 5 713 858,78	4 005 541 375,11	4 025 018 120,95	- 19 476 745,84
LT	EUR	513 777 203,73	0,00	513 777 203,73	- 2 003 428,81	- 1 985,43	511 771 789,49	511 452 567,68	319 221,81
LU	EUR	34 777 912,12	0,00	34 777 912,12	75 370,02	- 54 311,19	34 798 970,95	34 749 464,51	49 506,44
LV	EUR	296 433 444,83	0,00	296 433 444,83	- 11 798,86	- 10 500,36	296 411 145,61	296 422 643,44	- 11 497,83
MT	EUR	5 070 956,79	0,00	5 070 956,79	82,21	- 283,11	5 070 755,89	5 071 039,00	- 283,11
NL	EUR	0,00	701 449 904,92	701 449 904,92	0,00	0,00	701 449 904,92	701 449 904,92	0,00
PL	PLN	0,00	0,00	0,00	0,00	- 480 360,21	- 480 360,21	0,00	- 480 360,21
PL	EUR	3 344 928 202,03	0,00	3 344 928 202,03	- 11 615 407,04	0,00	3 333 312 794,99	3 333 287 343,21	25 451,78
PT	EUR	855 072 937,80	0,00	855 072 937,80	- 4 129 633,81	- 215 614,84	850 727 689,15	849 980 286,77	747 402,38
RO	RON	0,00	0,00	0,00	0,00	- 6 362 606,76	- 6 362 606,76	0,00	- 6 362 606,76
RO	EUR	1 939 544 980,75	0,00	1 939 544 980,75	- 40 876 104,60	0,00	1 898 668 876,15	1 903 229 534,93	- 4 560 658,78
SE	SEK	0,00	0,00	0,00	0,00	- 19 042,00	- 19 042,00	0,00	- 19 042,00
SE	EUR	684 849 433,65	0,00	684 849 433,65	- 1 810 296,09	0,00	683 039 137,56	683 740 589,85	- 701 452,29
SI	EUR	139 003 233,25	0,00	139 003 233,25	154 602,03	- 101 944,37	139 055 890,91	139 157 835,28	- 101 944,37
SK	EUR	394 889 567,79	0,00	394 889 567,79	- 19 604 716,19	- 64 401,76	375 220 449,84	375 302 826,10	- 82 376,26

MS		Ausgaben 3)	Zweckgebundene Einnahmen 3)	Artikel 54 Absatz 2 (=e)	Insgesamt (=h)
		08 02 06 01	6200	6200	
		i	j	k	l = i+j+k
AT	EUR	0,00	0,00	0,00	0,00
BE	EUR	0,00	- 324 476,69	- 3 177,15	- 327 653,84
BG	BGN	0,00	0,00	- 1 556,12	- 1 556,12
BG	EUR	0,00	- 839 425,63	0,00	- 839 425,63
CY	EUR	0,00	- 35 578,37	- 256 486,43	- 292 064,80
CZ	CZK	0,00	0,00	- 2 919,33	- 2 919,33
CZ	EUR	0,00	- 0,31	0,00	- 0,31
DE	EUR	0,00	- 398 134,00	- 201 516,47	- 599 650,47
DK	DKK	0,00	0,00	- 74 800,08	- 74 800,08
DK	EUR	0,00	- 20 751,11	0,00	- 20 751,11
EE	EUR	420,88	0,00	- 8 582,90	- 8 162,02
ES	EUR	0,00	- 2 231 550,51	- 1 540 518,27	- 3 772 068,78
FI	EUR	81 444,62	- 67 884,36	- 1 903,38	11 656,88
FR	EUR	0,00	- 2 899 783,24	- 4 735 016,88	- 7 634 800,12
EL	EUR	0,00	- 86 122,18	- 1 706 909,35	- 1 793 031,53
HR	HRK	0,00	0,00	- 866 935,30	- 866 935,30
HR	EUR	0,00	- 991,11	0,00	- 991,11
HU	HUF	0,00	0,00	- 66 196 569,00	- 66 196 569,00
HU	EUR	0,00	- 174 186,66	0,00	- 174 186,66
IE	EUR	1 241 932,20	- 231 603,14	- 13 776,71	996 552,35
IT	EUR	0,00	- 13 762 887,06	- 5 713 858,78	- 19 476 745,84
LT	EUR	321 207,24	0,00	- 1 985,43	319 221,81
LU	EUR	103 817,63	0,00	- 54 311,19	49 506,44
LV	EUR	0,00	- 997,47	- 10 500,36	- 11 497,83
MT	EUR	0,00	0,00	- 283,11	- 283,11
NL	EUR	0,00	0,00	0,00	0,00
PL	PLN	0,00	0,00	- 480 360,21	- 480 360,21
PL	EUR	25 451,78	0,00	0,00	25 451,78
PT	EUR	1 111 005,26	- 147 988,04	- 215 614,84	747 402,38

MS		Ausgaben 3)	Zweckgebundene Einnahmen 3)	Artikel 54 Absatz 2 (=e)	Insgesamt (=h)
		08 02 06 01	6200	6200	
		i	j	k	l = i+j+k
RO	RON	0,00	0,00	- 6 362 606,76	- 6 362 606,76
RO	EUR	0,00	- 4 560 658,78	0,00	- 4 560 658,78
SE	SEK	0,00	0,00	- 19 042,00	- 19 042,00
SE	EUR	0,00	- 701 452,29	0,00	- 701 452,29
SI	EUR	0,00	0,00	- 101 944,37	- 101 944,37
SK	EUR	0,00	- 17 974,50	- 64 401,76	- 82 376,26

1) Hinzu kommen insbesondere Berichtigungen aufgrund der Nichteinhaltung von Zahlungsfristen sowie andere Kürzungen im Rahmen von Artikel 41 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013.

2) Bei der Berechnung des vom Mitgliedstaat wiedereinzuziehenden oder an ihn zu zahlenden Betrags wird für die abgeschlossenen Rechnungen der Ausgabenbetrag der Jahreserklärung zugrunde gelegt (Spalte a). Bei den abgetrennten Rechnungen sind es die in den Monatsmeldungen insgesamt gemeldeten Ausgaben (Spalte b). Anwendbarer Wechselkurs: Artikel 11 Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission.

3) Die HL 08 02 06 01 wird gemäß Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 aufgeteilt in negative Berichtigungen, die zu zweckgebundenen Einnahmen unter der HL 62 00 werden, und in positive Berichtigungen zugunsten des Mitgliedstaats, die nun auf der Ausgabenseite beim Posten 08 02 06 01 aufgeführt werden.

Anmerkung: Eingliederungsplan 2022: 08 02 06 01, 6200

ANHANG II

Abschluss der Rechnungen der Zahlstellen

Haushaltsjahr 2021 – EGFL

Berichtigungen gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 (*)

Mitgliedstaat	Währung	in Landeswährung	in EUR
AT	EUR		
BE	EUR		
BG	BGN		
CY	EUR	-	5 937,99
CZ	CZK	-	-
DE	EUR		
DK	DKK		
EE	EUR	-	-
ES	EUR		
FI	EUR		
FR	EUR		
EL	EUR		
HR	HRK		
HU	HUF	-	-
IE	EUR		
IT	EUR		
LT	EUR	-	-
LU	EUR		
LV	EUR	-	-
MT	EUR	-	-
NL	EUR		
PL	PLN	215 989,80	-
PT	EUR		
RO	RON		
SE	SEK		
SI	EUR	-	-
SK	EUR	-	-

(*) Beträge, die den Mitgliedstaaten aufgrund der Anwendung des Artikels 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 in Bezug auf das aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) finanzierte befristete Instrument für die Entwicklung des ländlichen Raums (TRDI) anzulasten sind (Verordnung (EG) Nr. 27/2004 der Kommission vom 5. Januar 2004 mit Übergangsvorschriften zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates hinsichtlich der Finanzierung der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums in der Tschechischen Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und der Slowakei durch den EAGFL, Abteilung Garantie (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 36)).

ANHANG III

Abschluss der Rechnungen der Zahlstellen

Haushaltsjahr 2021 – EGFL

Zahlstellen, deren Rechnungen abgetrennt wurden und Gegenstand eines späteren Abschlussbeschlusses sind

Mitgliedstaat	Zahlstelle
Niederlande	Rijksdienst voor Ondernemend Nederland